

eine Fülle detaillierter Informationen zur Entwicklung der Armengesetzgebung, zum Verhältnis von privater und öffentlicher Wohltätigkeit, zur kirchlichen Armenfürsorge, zur Frauenarbeit im sozialen Bereich. Auch der sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Rahmen wird ausführlich ausgeleuchtet. Als inhaltliches Defizit ist der Verzicht auf die Einarbeitung der »Betroffenenperspektive« zu beklagen — die Frage, was denn z. B. die Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen für die Armen oder potentiell Bedürftigen bedeutete, hätte möglicherweise bestimmten Überinterpretationen des institutionellen Settings vorbeugen können (S. 204). Insgesamt besticht das Buch sowohl durch die Menge des verarbeiteten und in umfangreichen Quellenteilen dokumentierten Materials als auch durch die präzise Offenlegung der Erkenntnisinteressen und Fragestellungen. Andererseits fallen aber gerade hier die Mängel auch besonders ins Auge: Die konsequente Orientierung auf eine historische Theorie der Sozialpolitik erscheint dort überreizt, wo die Geschichte letztlich auf eine Datenbank für an »großen Linien« interessierte Sozialwissenschaftler reduziert wird. Zwar kritisieren Sachße und Tennstedt auf der ersten Seite ausdrücklich jene Kollegen, die es in ihren theoretischen Überlegungen »mit dem historischen Material nicht allzu genau« nehmen (S. 13). Indem sie selbst aber nur nach jenen Strukturen suchen, die sich im historischen Prozeß erfolgreich durchsetzen konnten, erweisen sie sich voreiligen Funktionalismen gegenüber als äußerst anfällig. Die Arbeit verliert dadurch, trotz der überwältigenden Stofffülle, an Spannung — denn wenn die Grundprinzipien unserer heutigen Fürsorgepolitik schon im 14., 15. oder 16. Jahrhundert ausgebildet waren und es in der Folgezeit nur noch »Verstärkungen« oder »Betonungen« gegeben hat, wird Geschichte langweilig . . .

Ute Frevert

Florian Tennstedt, Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 1472), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1981, 240 S., kart., 20,80 DM.

Parallel zur vielbeschworenen »Krise« des Wohlfahrtsstaates verstärkt sich unter Sozialwissenschaftlern und zunehmend auch unter Historikern das Interesse an den Traditionslinien und geschichtlichen Konstitutionsbedingungen der modernen Sozialpolitik. Dafür sprechen nicht nur die Themenlisten auf Soziologenkongressen und politologischen Fachtagungen, sondern auch und gerade die in jüngster Zeit expandierende Literatur zu den Ursprüngen des deutschen Sozialstaats und seinen internationalen Äquivalenten. Im Mittelpunkt steht — wohl nicht nur aus Jubiläumsgründen — die Sozialversicherungsgesetzgebung, die 1881 mit der Kaiserlichen Botschaft angekündigt und bis zum Ersten Weltkrieg umgesetzt und ausgebaut wurde. Eben hierauf hat sich auch Florian Tennstedt in seinen wissenschaftlichen Arbeiten bislang konzentriert. Von ihm stammt die erste und immer noch einzige neuere Studie zur sozialen Krankenversicherung, ihren Vorläufern und Auswirkungen. Sein neuestes Buch verfolgt nun allerdings andere Wege. Bereits im Titel wird deutlich, daß es Tennstedt hier um mehr geht als um die mittlerweile auch von der »Historikerkunft« entdeckte Sozialversicherung. Ihn interessiert der ganze Komplex der Sozialpolitik in ihrer Bedeutung als »Gesellschaftspolitik« (S. 11), mit der der (preußische) Staat ordnend und gestaltend in das soziale Gefüge eingriff. Wie schon in dem zusammen mit Christoph Sachße verfaßten Buch über die Armenfürsorge bezieht Tennstedt den historischen Kontext von Sozialpolitik auf das »jahrhundertealte gesellschaftliche Problem der Armutsbewältigung« (S. 9). Leitgedanke seiner auf theoretische Präliminarien diesmal ganz verzichtenden Untersuchung ist demgemäß die Verbindung, das Aufeinander-Verwiesensein von Arbeiter- und Armenpolitik vom 18. bis zum beginnenden 20. Jahrhundert.

Innerhalb dieser Zeitspanne unterscheidet Tennstedt vier Phasen sozialpolitischer Aktivität: die Epoche der merkantilistischen »Wohlfahrtspolizey«, die liberale Ära nach der preußi-

schen Reformgesetzgebung, die nachrevolutionäre Phase des ökonomischen und politischen Liberalismus und die Jahre des Kaiserreichs. Die einzelnen Kapitel sind jeweils nach ähnlichem Muster aufgebaut: Einem Überblick über die ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse folgt die Darstellung der politischen Maßnahmen, die im Rahmen der Armen- bzw. Arbeiterpolitik ergriffen und durchgesetzt wurden. Daran schließt sich eine Skizze der »proletarischen Existenz« in Stadt und Land an, bevor Einfluß und Position der Arbeiterbewegung innerhalb der Sozialpolitik und ihrer Institutionen diskutiert werden. Aus diesem Rahmen heraus fällt nur das erste Kapitel, das sich auch in seiner Länge deutlich von den anderen abhebt: Beansprucht die Entwicklung nach 1871 immerhin runde 100 Seiten Text, so ist das 18. Jahrhundert dem Autor nur 12 Seiten wert — etwas wenig, um die grundlegende Aussage, im Absolutismus seien Armen- und Arbeiterpolitik des Staates noch weitgehend identisch gewesen (S. 17,81), glaubhaft absichern zu können.

Eine politisch-institutionelle und begriffliche Trennung zwischen den »Armen« und den »Arbeitern« setzte sich nach Auffassung Tennstedts seit den 1850er Jahren durch, als einerseits die Armen systematisch aus der bürgerlichen Gesellschaft »ausgegrenzt« und diskriminiert wurden, andererseits die Arbeiterbevölkerung durch eine positive Sozialpolitik in ihrer proletarischen Existenz stabilisiert werden sollte. Noch im Pauperismus des Vormärz mit seinen steigenden Armenziffern sei der Begriff der »armen Leute« faktisch ein Synonym für die breite soziale Unterschicht aus städtischen und ländlichen Tagelöhnern, Handwerkern, Fabrikarbeitern, Heimarbeitern, Dienstboten etc. gewesen. Erst die in der Revolution von 1848/49 aktualisierte Angst vor dem »Proletariat« ebnete den Weg zu einer Arbeiterpolitik, die sich von der Armenpolitik distanzierte. Arbeiterschutzgesetze und Krankenkassenzwang bildeten seit den 1850er Jahren die beiden Eckpfeiler einer auf die gewerblichen Lohnarbeiter bezogenen Sozialpolitik; die Armenpolitik orientierte sich demgegenüber auf die Neuregelung der kommunalen Unterstützungspflicht und auf die im Elberfelder System festgeschriebene effektivere Kontrolle und Arbeitsverpflichtung der von öffentlichen Armengeldern lebenden Menschen. Dieses Instrumentarium staatlicher bzw. kommunaler Politik wurde im Kaiserreich weiter entwickelt und ausgebaut — man denke nur an die Versicherungsgesetzgebung der 1880er Jahre oder an die Arbeiterschutzinitiativen des »Neuen Kurses«.

Obgleich Tennstedt den Stellenwert der 1850er und 1860er Jahre als eine Art sozialpolitischer Inkubationsphase deutlich herausarbeitet und hier seinem Interesse an den Anfängen von Institutionen und Prozessen konsequent nachgeht, dominiert letztlich doch das Geschehen im Kaiserreich — fast die Hälfte des Buches beschäftigt sich mit der Zeit von 1870 bis 1914. Wahrscheinlich ist es nicht zuletzt der Forschungslage zuzuschreiben, daß der Autor entgegen seiner ursprünglichen Absicht, Sozialpolitik nicht erst in fertigem Zustand analysieren zu wollen, die Bismarcksche Sozialgesetzgebung so ausführlich abhandelt. Auch die nach wie vor aktuelle Kontroverse um Bismarcks persönlichen Anteil am Gesetzgebungsprozeß fließt an (allzu) vielen Stellen in den Text ein, so daß die Aspekte konservativer Ideologie und »statesmanship« eher überzeichnet wirken. Demgegenüber erscheint der sozialstatistische Apparat etwas unterbelichtet. Das fällt vor allem dort auf, wo die Gruppe der »Armen« in ihren sozialen Konturen relativ vage bleibt, während über die sozioprofessionelle Differenzierung der Arbeiterbevölkerung eine Menge Material ausgebreitet wird. Diese Schwierigkeit tritt nicht erst im vierten Kapitel auf, sondern durchzieht das ganze Buch. Einerseits vermitteln Tennstedts Ausführungen über die diversen Formen »proletarischer Existenz« immer von neuem den Eindruck, daß der Übergang von der Dürftigkeit zur Bedürftigkeit im ganzen 19. Jahrhundert fließend und die von der Arbeiterpolitik intendierte Grenzziehung nur sehr unvollkommen war. Auf der anderen Seite wird die eigentliche Armenpolitik seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als äußerst repressiv, diskriminierend und kriminalisierend gekennzeichnet, als eine Politik zur »Abwehr des Unzustandes, daß jemand nicht um jeden Preis die private Lohnarbeit und ihren von den natürlichen Marktgesetzen und nicht von der Auskömmlichkeit her bestimmten Lohn akzeptiert« (S. 87). Damit wird jedoch —

durchaus quellennah — suggeriert, daß die Armen sich aus »arbeitsscheuen Elementen« rekrutierten, denen die entehrende öffentliche Unterstützung lieber war als eine subsistenzsichernde Arbeit. An diesem Punkt wünschte man sich, Tennstedt hätte seine zu Anfang angekündigte Absicht, die »Erniedrigten und Beleidigten« konsequent in die Darstellung einzubeziehen« (S. 10), mit etwas größerer Genauigkeit verfolgt und dem Leser einige statistische Daten über das Sozialprofil der »wirklichen Armen« zugänglich gemacht.

Detaillkritik wäre auch an anderen Punkten zu üben, z. B. an der Bewertung der Fabrikindustrie als Arbeitsplatzvernichter in Handwerk und Hausindustrie (S. 39, 56). Ein Blick auf die Beschäftigtenstatistik zeigt nämlich, daß die Zahl der im Handwerk Beschäftigten zwischen 1835 und 1873 sogar noch um eine Million anstieg, während die Zahl der Verlagsarbeiter nur relativ geringfügig sank. Daß das freie Kassenwesen an der Armut seiner potentiellen Klienten scheiterte (S. 166 f.), ist auch nicht ganz überzeugend; mentalitätsmäßige Widerstände waren mindestens im gleichen Maße dafür verantwortlich. Schließlich erscheint die Effizienz und Zielgerichtetheit merkantilistischer Politik extrem überbetont. Schon Gerhard Oestreich hat darauf hingewiesen, daß von einem totalen Zugriff des absolutistischen Staates ganz und gar nicht die Rede sein konnte und daß zwischen polizeiwissenschaftlicher Programmatik und politischer Wirklichkeit eine große Differenz lag.

Abgesehen von solchen (und anderen) Unstimmigkeiten, die bei der Fülle des verarbeiteten Materials nicht ausbleiben können, liegt mit Tennstedts Buch eine gelungene, äußerst informative »Zusammenschau elementarer Tatsachen und Probleme« aus der Entwicklungsgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland vor. Der Text liest sich gut und flüssig, wozu sicherlich auch die langen Quellen- und Literaturzitate beitragen, die — in ganz unorthodoxer Manier — nicht dem Beleg, sondern der Anschaulichkeit dienen sollen. Etwas zu bedauern ist die Politiklastigkeit der Untersuchung, die die »Betroffenen« zwar mit Sympathie bedenkt, ihnen aber keinen wirklich aktiven Raum zugesteht. Andererseits ist es gerade auf diesem Gebiet der »elementaren Existenz« ungeheuer schwierig, eine »Betroffenenperspektive« zu rekonstruieren, so daß das Bedauern nur sehr vorsichtig geäußert werden soll. Ein Desiderat sei allerdings noch genannt: Es hätte gewiß auch im Interesse des anvisierten »weiteren Leserkreises« gelegen, die wichtigsten Ergebnisse und Thesen des Buches in einem knappen Schlußwort zusammenzufassen.

Ute Frevert

Gerhard Huck (ed.), Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1980, 352 S., kart., 38 DM.

It is always difficult to review a collection of essays, particularly when, as in this case, the central theme is a broad one and the editor has not sought to impose a particular focus upon the contributions. The fifteen essays range from early modern to contemporary times and cover education, festivals, sport, drinking, breaks during work, subcultures, and attitudes towards leisure. Broadly there are three sorts of essays: those concerned with a very specific issue; those summarising a rather broader field of investigation; and more general »think-pieces«.

Of the specific subjects, those essays work best which bring out the meaning of that subject by setting it in its broader social context. Hausen shows how the development of Mothers Day in Weimar was related to commercial interests (above all, florists) and various political-cum-moral organisations. The idealisation of motherhood intensified as the pressures upon women as mothers, housewives and workers increased. The sacrifice that Mothers Day both celebrated and sought to encourage is thus linked to a broader set of problems and